

Zeitung vom Lëtzebuerger Vollek

Nationale Politik

Im Rahmen des EU-Budget-Semesters:

»Moment von Dialog« in aller Öffentlichkeit

Im Rahmen des Wirtschafts- und Sozialrates (WSR), wo sowieso Vertreter von Patronat, Gewerkschaften und von der Regierung entsandte Beamte sitzen, gibt es alljährlich ein öffentliches Treffen, wo die Regierung mit Ministern auftritt und alle sagen, wie sie die soziale, wirtschaftliche und finanzielle Lage des Landes sehen. Gestern war es wieder soweit, allerdings hatte der Premier nur exakt zwei Stunden Zeit dafür, und er war auch danach weg mit dem Finanzminister. In früheren Jahren war deutlich mehr Zeit, wobei gestern Marc Hansen schon nach einer halben Stunde wortlos verschwand, während kurz danach François Bausch erst kam. Etienne Schneider blieb immerhin anderthalb Stunden. Nur Dan Kersch und Romain Schneider blieben die ganze Zeit und gaben noch zusammen mit Bausch eine Viertelstunde nach dem Abgang von Xavier Bettel und Pierre Gramegna durchaus wesentliche Wortspenden ab.

Während die Gewerkschaften OGBL, LCGB und CGFP vollzählig waren, kamen von zwölf Patronatsvertretern nur ganze vier. Der neue UEL-Präsident Nicolas Buck, dessen erster großer Auftritt das war, wollte das als Beweis des großen Vertrauens der vielen abwesenden Präsidenten in ihn gewertet wissen. Von den 24 ständigen Mitgliedern des WSR waren sechs entschuldigt, während die Mehrheit der 18 anderen unentschuldigt fehlte. Dafür war die Presse stark vertreten.

Premier Bettel freute sich in seinem Schlußwort, in dem er sich für den Austausch bedankte, daß niemand gesagt hatte, der andere habe alles falsch gesagt, und daß der Index von niemandem angesprochen wurde. Das freue ihn, denn der Index gehöre »zum Erfolgsrezept Luxemburgs« und er sichere den »sozialen Frieden«. Das war tatsächlich schon mal ganz anders zu hören gewesen!

Wie bei der letzten Übung vor den Wahlen wies Bettel sowohl Wünsche der Gewerkschaften wie des Patronats ab, die nicht im Koalitionsabkommen stehen. Dies unter Verweis auf die Wähler, die die Richtung gewiesen hätten nach den Wahlversprechen der Parteien, die dann den Weg ins Abkommen gefunden hätten.

Lieber weniger zahlen

Nicolas Buck hatte sich nicht von den Gewerkschaften beeindruckt lassen, die ihm gesagt hatten, er möge aufhören mit der Debatte des »taux d'affichage« der Betriebseinkommensteuer. Ein Betrieb, der nach Luxemburg wolle, informiere sich sehr wohl darüber, was wirklich

bezahlt wird. Da gibt es schließlich genug Steuerberater, um vorzurechnen, daß das viel weniger ist. Buck genierte sich nicht zu fordern, was im CSV-Wahlprogramm stand: Ziel solle der OECD-Durchschnitt sein, also heute 6% weniger und nicht 1%, und das nachdem die Gewerkschaften auch diese Steuersenkung kritisiert hatten. Deshalb wohl auch Bettels Hinweis mit der Richtung, die die Wähler zeigten, ergänzt um die Bemerkung, er wolle nicht in ein Rennen des »immer weniger« eintreten. Kersch sollte das nach Bettels Abgang bekräftigen, indem er betonte, daß 80% der Betriebe keine Gewerbesteuer zahlen, weswegen es unsinnig ist, diesen Steuersatz automatisch draufzusetzen auf den der Betriebseinkommensteuer. Es solle also über reelle Steuersätze gesprochen werden.

Starke Arme wertlos?

Heftige Kritik bekam Buck auch für seine Erklärung, die Entwicklung von Logistik mache keinen Sinn in Luxemburg, weil da die Wertschöpfung zu gering sei. Da sei bei Bettemburg jetzt eine riesige Halle gebaut worden, wo ein Lkw reinfährt und wo dann drei Leute aus einer großen Palette kleine Kisten machen: »Das kann es nicht sein!« Das muß sein, antwortete ihm Bettel, denn es braucht Arbeitsplätze für Leute mit geringer Qualifikation, die es immer geben wird, und Buck habe doch selbst gesagt, es solle keiner hängengelassen werden. Und genau deshalb braucht es sehr wohl den Logistiksektor.

Was ist Demokratie?

Lustig war zuzusehen, wie sich Kersch und Buck über »das nicht demokratische China« einigten, wo Kersch darauf beharrte, Grenzen in dessen Wirtschaftsentwicklung darin sehen zu können, wobei Buck anmerkte, er sehe das »als existentielle Gefahr«. Nun ja, es ist ihm sicher schwer vorstellbar im Betrieb mit einer mitbestimmenden Sektion der Gewerkschaft und auch der Kommunistischen Partei leben zu müssen!

Dafür waren sich Buck und Kersch gar nicht einig in der Frage der runterradierten Gehälter der Staatsbediensteten sowie der Pensionen für alle nach der Krise nach 2007 in Irland. Da wollte Buck von irischen Politikern gehört haben, sie hätten sehr wohl gewußt, daß sie das machen müßten, aber ihr demokratisches System habe das nicht hergegeben, deshalb sei es eben über die EU-Kontrolle gemacht worden. Kersch reagierte darauf richtig heftig mit: »Die Methode war nicht richtig«, nicht bei Irland und noch weniger bei Griechenland. Das müsse klar sein, und das dürfe so nie wieder passieren, denn genau damit habe sich »Europa« viele Gegner gezüchtet.

Brett vorm Kopf

Buck kam, wie Thelen am Vortag, der neben ihm saß, nicht an der Rentenmauer vorbei. Er kenne da drei Kategorien von Leuten. Die einen wüßten, daß es ein Problem gibt und sagten es. Die anderen wüßten das zwar auch, sagten es aber nicht. Die dritten glaubten, es gäbe kein Problem. Kein Problem gäbe es wohl aktuell, weil 190.000 Pensionäre 450.000 Beitragszahlern in Arbeit gegenüberstehen. Es seien aber 2017 »nur mehr 443 Millionen Euro« mehr Beiträge eingegangen als Pensionen gezahlt worden, und der Betrag werde ständig kleiner. Der Gewinn von 628 Millionen Euro in Reserve könne nicht als Ergebnis des Umlageverfahrens gelten.

Damit es im Jahr 2040 bei dann 380.000 Pensionären kein Problem gebe, bräuchte es dann 960.000 Beitragszahler in Arbeit, was 580.000 Grenzgänger (288.000 aus Frankreich, 148.000

aus Belgien, 144.000 aus Deutschland) und 380.000 Arbeitskräfte aus einer Wohnbevölkerung von dann 875.000 voraussetze. Das wären dann 70 Milliarden Euro Steuereinnahmen und ein nominales Bruttoinlandsprodukt von 210 Milliarden Euro, was dem heutigen Niveau Belgiens entspreche. Damit wollte Buck gesagt haben, das sei total unmöglich, doch er sollte sich bewußt machen, daß wir genau darauf zusteuern, denn es will ja niemand in Amt und Würden an der laufenden Entwicklung ein Jota ändern.

Kersch erklärte Buck dazu, er kenne eine vierte Gruppe, und das sei die, die sich weigert, nach neuen Finanzquellen zu suchen – er nenne da nur die Robotersteuer und die Digitalisierung. Das freute sichtbar die Gewerkschaften, hatten sie exakt das doch bei der letzten Übung vor der Wahl gesagt. Mal sehen, was aus den schönen Worten folgt, nachdem Premier Bettel noch betont hatte, »aktuell« gebe es kein Problem.

jmj



Mittwoch 3. April 2019